



Nina Hauer

eine Bundestagsabgeordnete mit Rückgrat

Nina Hauer ist die Bundestagsabgeordnete für Wächtersbach im Direktwahlkreis Wetterau. Wächtersbach gehört nicht zum Wahlkreis Hanau, sondern zum Wahlkreis Wetterau. Das ist wichtig zu wissen, wenn es darum geht, eine starke Vertreterin für Wächtersbach auch nach Berlin zu schicken.

Bei der Bundestagswahl haben Sie zwei Stimmen. Die Personenstimme für Nina Hauer und die zweite Stimme für die Partei.

Wir Sozialdemokraten in Wächtersbach setzen uns aus Überzeugung für Nina Hauer ein und bitten auch Sie um Ihre Stimme und Ihre Unterstützung. Nina Hauer hat sich immer für die Interessen der Stadt Wächtersbach und ihre Menschen eingesetzt. Sie hat ihrer Stadt und Bürgermeister Rainer Krätschmer geholfen, bürokratische Steine aus dem Weg zu räumen, z.B. bei der Deutschen Bundesbahn, beim Bau der Eisenbahnbrücke am Auweg. Intensive Gespräche in Berlin und das von Nina mitgestaltete Investitionsprogramm des Bundes gibt uns gute Chancen, auch beim Bahnhof voranzukommen.

Auch die Fördergelder für die Ganztagschulen tragen ihre Handschrift als Mitglied des Deutschen Bundestages im Finanzausschuss.

In der hessischen SPD vertritt sie die klare Position von Christian Hofmann und Rainer Krätschmer. **ALSO EINE FRAU MIT ÜBERZEUGUNGEN UND MIT RÜCKGRAT**

BITTE GEHEN SIE AM 27. SEPTEMBER ZUR WAHL.

Nina Hauer hat sich Ihre Stimme erarbeitet. Sie soll uns weiter als Abgeordnete in Berlin vertreten. **Mit Ihrer Stimme schafft sie es:**

Nina Hauer – auch für Wächtersbach in Berlin



Hubertus Heil und Nina Hauer in Wächtersbach

Generalsekretär Hubertus Heil und die örtliche Bundestagsabgeordnete Nina Hauer im Bürgerhaus Wächtersbach auf Wahlkampftour

Das Rennen sei noch keinesfalls gelaufen, viele Wählerinnen und Wähler entschieden kurz vor der Stimmabgabe. Die SPD wolle am 27. September bei der Bundestagswahl die Nase vorn haben.

Gemeinsam machten Generalsekretär Hubertus Heil, die Bundestagsabgeordnete Nina Hauer und der UB-Vorsitzende Dr. André Kawai den rund 150 Zuhörern im Bürgerhaus Wächtersbach Mut.

Hubertus Heil stellte in Grundzügen das SPD-Programm vor und warb für den Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier und die hiesigen Bundestagsabgeordneten Dr. Sascha Raabe und Nina Hauer. Mit der SPD werde es keine kalte Politik geben, die Schwache zur Seite drängt und die Zukunft liege nicht bei den Billiglöhnen, sondern ordentliche Arbeit müsse sich lohnen. Und am 27. September gehe es nicht um Abendessen der Kanzlerin mit Josef Ackermann und um Horst Schlämmer oder den Dienstwagen von Ulla Schmidt, sondern um ernsthafte Themen und um eine Richtungsentscheidung. Vielmehr müsse aus der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise grundlegende Konsequenzen gezogen werden – unter anderem mit klaren Regeln für die Finanzmärkte. Nicht länger dürften sich Manager aus der Verantwortung ziehen und auch noch überzogene Boni, Gehälter und Abfindungen kassieren. Am Ende schließt Heil eine Zusammenarbeit mit den „Linken“ auf Bundesebene aus.

In seiner rund 50-minütigen Rede trifft er den Nerv der anwesenden Gäste im Saal, er verbreitet Aufbruchstimmung. Er glaube nicht an die Prognosen und Umfragen, er sei überzeugt, „das Ding noch drehen zu können“. Und er brauche dazu die Unterstützung der SPD im Main-Kinzig-Kreis und im Wetteraukreis. „Wir brauchen Nina Hauer in Berlin, um weiter gute Arbeit für die Region leisten zu können“, appelliert er an die Gäste. Lang anhaltender, stehender Applaus ertete der SPD-Generalsekretär für seinen Auftritt.

Kontakt

Mitteilungen der SPD Wächtersbach

Ausgabe September 2009



Frank-Walter Steinmeier

SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier war im Rahmen seiner Sommertour in Erlensee.

Das Bild zeigt ihn während seines Besuchs im Rathaus, wo er sich in das goldene Buch der Stadt Erlensee eintrug.

Mit dabei Bundestagsabgeordneter Dr. Sascha Raabe, Unterbezirksvorsitzender Dr. André Kawai, Wächtersbachs Bürgermeister Rainer Krätschmer sowie Stefan Erb, Bürgermeister von Erlensee.

Kreis – CDU darf sich nicht vor der Mitverantwortung drücken:

„Finanzpolitischer Tsunami“ rollt auf den Kreis und die Gemeinden im Main - Kinzig - Kreis zu

Die CDU stellt die Landesregierung; seit der letzten Wahl gemeinsam mit der FDP. „Wenn eine finanzpolitische Flutwelle an Mindereinnahmen auf den Kreis und die Städte und Gemeinden im Main-Kinzig-Kreis zurollt, zeigen die Äußerungen des CDU-Arbeitskreisvorsitzenden Finanzen, Helmut Wieder, die mangelnde Glaubwürdigkeit in der Argumentation“, stellte Rainer Krätschmer, SPD-Kreistagsfraktionsvorsitzender, fest. Wenn die Parteien von CDU und FDP jetzt den Gemeinden 400 Mio. jedes Jahr an Zuweisungen streichen wollten, stehe dies ausschließlich in der Verantwortung des Landes Hessen und nicht in der des MKK. „Jetzt Dr. André Kawai, den in der Opposition stehenden SPD-Landtagsabgeordneten Heinz Lotz oder die SPD-Kreistagsfraktion dafür mitverantwortlich machen zu wollen, ist nicht nur hilflos, sondern geradezu lächerlich“, sagte der Fraktionschef.

Der finanzpolitische Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion und Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses, Karl Netscher, schloss sich dieser Auffassung an. „Aufgrund geringerer Einkommenssteueranteile und geringerer Gewerbesteuer geht die Finanzkraft der Gemeinden zurück. Das führt zu weniger Einnahmen beim MKK über die Kreisumlage. Gleichzeitig gehen die Schlüsselzuweisungen des Landes Hessen an den Kreis und den Gemeinden ebenfalls deutlich zurück“, sagte er. Wenn nun die Landtagsfraktionen von CDU und FDP im bestehenden Gesetzentwurf der Landesregierung weitere 400 Mio. aus den Zuweisungen an den Kreis und die Gemeinden streichen wolle, bedeutet das für viele Städte und Gemeinden das finanzpolitische Aus. „Freiwillige Leistungen, wie die Zuschüsse an die Vereine, die kostenlosen Turnhallen oder die Verbesserung der Kindergärten, seien dann gefährdet“, stellte er fest.

Bernd Becker, stellv. SPD-Fraktionsvorsitzender, verwies auf die sowieso schon vorhandenen dramatischen Belastungen des Kreises und der Kommunen. „Durch das den Gemeinden verordnete neue Rechnungswesen haben diese schon jedes Jahr Zehntausende von Euro zusätzlich ausgeben müssen. Der Sinn dafür erschließt sich vielen Gemeindevertretern überhaupt nicht. Wenn jetzt noch einmal aus den Finanzhilfen für die Gemeinden 400 Mio. gestrichen werden, sind dies für den MKK Gesamtbelastungen im nächsten Doppelhaushalt von 60 – 80 Mio. Euro. Das bedeutet das politische Aus für die Selbstverwaltung der Kommunen“, stellte er fest. Diese dramatische Kürzung der Einnahmen für den Kreis und die Kommunen gelte es zu verhindern. „An dem SPD-Landtagsabgeordneten Heinz Lotz wird das mit Sicherheit nicht scheitern. Verantwortlich für die Kürzungen sind ausschließlich die CDU- und FDP-Landtagsabgeordneten Hugo Klein, Dr. Rolf Müller, Alois Lenz und nicht zuletzt Alexander Noll von der FDP.“